



Positionspapier des Expertenrats für Integration zur Corona-Krise

Inhalt

Einleitung.....	2
Bildung.....	3
Arbeitsmarkt.....	5
Gesundheit	7
Ehrenamt und Freiwilligenarbeit.....	8
Integrationsklima und kulturelle Integration	9
Digitalisierung und Zielgruppenerreichung.....	10
Fazit und Ausblick.....	12

Einleitung

Die COVID-19-Pandemie sowie die dadurch notwendig gewordenen temporären Ausgangsbeschränkungen haben viele Bereiche des täglichen Lebens nachhaltig verändert. Die Problemlagen sind ungleich auf die diversen Bevölkerungsgruppen verteilt und tangieren Menschen in unterschiedlichem Ausmaß. Die Auswirkungen auf gesellschaftliche Bereiche wie Bildung, Arbeitsmarkt, das Freizeitverhalten und vieles mehr veränderten auch die Dynamik der Integrationsprozesse von Migrantinnen und Migranten in die österreichische Gesellschaft.

Bestehende Herausforderungen im Bereich der Integration wurden während dieser Krise nicht nur sichtbarer, sondern auch akuter. Diese bringen den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft in Gefahr, der nicht nur ein Ziel per se ist, sondern auch für die gesellschaftliche Resilienz von großer Bedeutung ist.

Vor allem die zu Beginn der Krise getroffenen Maßnahmen zur Einschränkung sozialer Kontakte haben gezeigt, dass in Österreich etliche Menschen mit Migrationshintergrund über herkömmliche Informationskanäle auf Deutsch nicht rasch oder gar nicht erreicht werden konnten. Gerade in dieser Ausnahmesituation waren spezifische Hinweise in den Sprachen der Herkunftsländer nötig. Eine umfangreiche Informationskampagne zu den getroffenen Maßnahmen wurde vom Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) gestartet. Andere Organisationen wie UNHCR, die Bundesländer und viele NGOs stellten ebenfalls mehrsprachige Informationen zur Verfügung. Somit hat die Krise nochmals vor Augen geführt, wie existenziell bedeutsam Landessprachkenntnisse für die Teilnahme von Migrantinnen und Migranten an einer Gesellschaft sind. Die während der COVID-19-Pandemie gesammelten Erfahrungen, etwa inwieweit und über welche Medien und Informationskanäle die Zielgruppe der nichtdeutschsprachigen Migrantinnen und Migranten erreicht werden konnten, sollten systematisch mit dem Ziel evaluiert werden, Schlussfolgerungen für zukünftige Informationskampagnen zu ziehen.

Der Fokus weiterer Maßnahmen zur Förderung der Integration sollte zuerst auf den unmittelbaren Auswirkungen der COVID-19-Pandemie liegen, darüber hinaus geht es auch um Herausforderungen, die schon vor der Corona-Krise bestanden haben und in der Nachkrisenzeit aktuell bleiben. Vor diesem Hintergrund bleibt das gesamtgesellschaftliche Ziel der Integration ein Thema, das während und nach der Krise einen zentralen Platz auf der politischen Agenda einnimmt. Bei der Entwicklung und Umsetzung kurz-, mittel- und langfristiger Integrationsangebote ist weiterhin die Verbindlichkeit der Angebote im Sinne eines Förderns und Forderns zu gewährleisten.

Der Expertenrat möchte mit der nachfolgenden kurzen Analyse im Sinne eines Policy-Briefs eine erste Einschätzung zum aktuellen Lagebild der Integration geben. Nach den nunmehr laufend erweiterten Lockerungsmaßnahmen und dem Beginn der Rückkehr zu einer Art von Normalität werden die Konsequenzen und Auswirkungen dieser Krise auf den Integrationsbereich immer deutlicher. Nach Wochen der Ausgangsbeschränkungen zur Pandemiebekämpfung und dem nun schrittweisen und kontrollierten Hochfahren des Landes sind die Anforderungen an erfolgreiche Integrationsarbeit noch einmal gestiegen. Dem soll in sechs Bereichen nachgegangen werden, wobei die Analyse nur ein erster Versuch einer Annäherung sein kann. Das Thema wird den Expertenrat jedoch auch in den kommenden Monaten beschäftigen und im Rahmen des Integrationsberichts 2020 thematisiert werden.

Bildung

Kinder und Jugendliche waren angesichts der bestehenden Rahmenbedingungen (u.a. temporäre Einschränkung des Kindergarten- und Schulbetriebs) von den Reaktionen auf die COVID-19-Pandemie besonders betroffen. Im Speziellen fehlte der soziale Austausch mit den Gleichaltrigen, was (temporär) einen negativen Einfluss auf den sozialen Entwicklungsprozess der Kinder und Jugendlichen haben kann. Ergebnisse der PISA-Erhebungen und der Bildungsstandardüberprüfungen zeigen, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund im Schnitt deutlich schlechtere schulische Leistungen als Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshintergrund erbringen. Es ist anzunehmen, dass sich dieser Leistungsunterschied durch die temporären Einschränkungen des Schulbetriebs weiter verstärkt hat. Angesichts dieser Tatsache ist dem Nachholen des Lernstoffs, insbesondere auch der Übung der deutschen Sprache, eine hohe Priorität einzuräumen.

Auch wenn die Lehrerschaft ebenso wie die Kindergartenpädagoginnen und Pädagogen beim Kontakthalten mit den Kindern und Jugendlichen und ihrer Förderung mittels moderner Medien bzw. digitaler Technologien viel geleistet haben, so konnte doch aus unterschiedlichen Gründen ein Teil der Kinder nicht erreicht werden. Das bedeutet, dass gewisse Kinder in ihrem schulischen Erfolg (weiter) zurückgefallen sind, insbesondere wenn die Unterstützung durch die Eltern fehlte. Das betraf vor allem Schülerinnen und Schüler mit gering qualifizierten oder bildungsfernen Eltern, insbesondere auch in Haushalten, wo Deutsch nicht die Umgangssprache ist. Darüber hinaus dürften beengte Wohnverhältnisse, fehlender Raum zum ruhigen Lernen und unzureichende technische Ressourcen (PC, Internetzugang) dazu beigetragen haben. Die Ankündigung des Bildungsministeriums vom Juni 2020, Schülerinnen und Schüler mit Laptops oder Tablets auszustatten, ist daher zu begrüßen. Der Mangel an Kommunikationsmitteln darf jedoch nicht als Argument herangezogen werden, um sich der Schulpflicht zu entziehen. Überall dort, wo dieser Fall eintritt, ist es die Aufgabe des Staats, die Pflicht zur Teilnahme am Schulunterricht in einer

faktisch möglichen Form einzufordern. Es bleibt die Besorgnis, dass insbesondere bildungsschwache Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in ihrem Leistungsfortschritt mit dem Schulstoff weiter hinter dem Durchschnitt der Schülerinnen und Schüler zurückgefallen sind.

Zugleich fehlte auch manchen Schulen und Lehrkräften die technische Ausstattung für den plötzlichen Umstieg auf digitale Vermittlung von Wissen und Lernstoff. Auch hier kann die angekündigte Ausstattung mit technischen Endgeräten sowie der Ausbau der technischen Infrastruktur an Schulen zu einer Verbesserung der Situation beitragen. Darüber hinaus wurden auch in anderen Bereichen wie der Schulpsychologie und Schulsozialarbeit, Maßnahmen gesetzt, um Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrpersonen zu unterstützen.

Die temporäre Unterbrechung des Normalbetriebs an Schulen und Kindergärten hatte auch den negativen Effekt, dass Kinder mit nichtdeutscher Umgangssprache weniger Möglichkeit hatten, die deutsche Sprache im Alltag zu verwenden. Ziel muss es bleiben, dass auch in der aktuellen Situation kein Kind am Bildungsweg verloren geht. Das Bildungsressort hat bereits die Einrichtung von Sommerschulen angekündigt. Der Expertenrat begrüßt das Angebot von qualitativ hochwertigen Sommerschulen in Kleingruppen mit Sprachförderung für leistungsschwache Schülerinnen und Schüler, insbesondere aber für jene in Deutschförderklassen. Diese zweiwöchigen Kurse sind nunmehr ein freiwilliges Angebot. Es ist davon auszugehen, dass die Teilnahme u.a. wesentlich von der Aufhebung weiterer Reisebeschränkungen und somit von der Möglichkeit, Urlaub im Herkunftsland zu machen, abhängen wird. Die Teilnahme an den Sommerkursen muss daher genau evaluiert werden – insbesondere vor dem Hintergrund, ob jene Schülerinnen und Schüler mit dem größten Förderbedarf auch tatsächlich teilgenommen haben. Abhängig von der Qualität des Angebots und der tatsächlichen Teilnahme bzw. der Fortschritte der Schülerinnen und Schüler soll in weiterer Folge über eine Verpflichtung dieser Unterstützungsmöglichkeit im Sommer nachgedacht werden.

Der besondere Förderbedarf gerade von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund und die Notwendigkeit, Lücken bei Lernfortschritt und Kompetenzerneuerung auszugleichen, werden aber auch in den folgenden Schuljahren bestehen bleiben. Flexible und passgenaue schulische Unterstützungsangebote werden weiterhin erforderlich sein, um möglichst gleiche Bildungschancen für alle Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten. Gleichzeitig gilt es sicherzustellen, dass diese Angebote von den Schülerinnen und Schülern, aber insbesondere von Seiten der Eltern, angenommen werden und die Chancen des Bildungssystems aktiv genutzt werden. Die im Juni 2020 angekündigten „Elternkurse“ für Eltern von außerordentlichen Schülerinnen und Schülern in der

Sommerschule können einen wichtigen Beitrag für das Verständnis des österreichischen Bildungssystems leisten.

Arbeitsmarkt

Die zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie getroffenen temporären Maßnahmen, insbesondere die Schließung von Grenzen, Geschäften, Restaurants, Kultur- und Freizeiteinrichtungen, hatten massive Auswirkungen auf die Wirtschaft und damit verbunden den Arbeitsmarkt. Ausländische Arbeitskräfte waren dabei besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen. Ende Mai 2020 lag die Arbeitslosigkeit von ausländischen Arbeitskräften ohne Schulungsteilnehmerinnen und Schulungsteilnehmern um ca. 81.000 Personen und damit um 90% über dem Vorjahresniveau (zum Vergleich: Die Arbeitslosigkeit unter österreichischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern stieg um 114.000 Personen und damit um 60%). Dies ist u.a. eine Folge der starken Konzentration von ausländischen Arbeitskräften im Tourismus, in unternehmensorientierten Dienstleistungen, insbesondere der Leiharbeit, sowie im Kunst- und Kulturwesen. Das sind gerade die Bereiche, die von der Krise besonders stark getroffen wurden. Es sind vor allem junge Menschen unter 25 Jahren, die ihre Arbeit verloren haben; hier stieg die Arbeitslosigkeit bei Ausländerinnen und Ausländern um 124%, bei Österreicherinnen und Österreichern um 95% (Quelle: Arbeitsmarktdatenbank des BMAFJ, Bali). Jugendliche sind infolge ihrer geringen Berufserfahrung häufig unter den Ersten, die ihre Jobs verlieren, und Jugendliche am Übergang von der Schule ins Erwerbsleben haben größere Schwierigkeiten, eine Arbeit zu finden. Es besteht also die Gefahr, dass eine Kohorte von Jugendlichen das Vertrauen in sich selbst und in den Arbeitsmarkt als Ort der persönlichen Wertschätzung und Entfaltungsmöglichkeit verliert. Unter den Arbeitslosen im Mai waren auch 38.000 Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte, was einem Anstieg von ca. 6.000 Personen im Vergleich zum Vorjahresmonat entspricht (Quelle: AMS).

Im Mai 2020 zeichnete sich gegenüber April 2020 eine leichte Abflachung des Anstiegs der Arbeitslosigkeit ab. Es ist aber zu erwarten, dass ein Teil der derzeit zur Kurzarbeit angemeldeten Personen nicht mehr an ihren alten Arbeitsplatz zurückkehren wird. Jedenfalls ist davon auszugehen, dass die Arbeitslosigkeit voraussichtlich mehrere Jahre lang über dem Vorkrisenniveau liegen wird. Personen mit Migrationshintergrund, die auch in Zeiten guter Konjunkturverläufe – unter anderem aufgrund eines tendenziell niedrigeren Ausbildungsniveaus und oft mangelnder Deutschkenntnisse – schwieriger auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen, sind schon jetzt stärker von der Krise am Arbeitsmarkt betroffen und werden dies auch in den kommenden Jahren sein.

Die Corona-Krise hat deutlich gemacht, dass viele Zugewanderte in Bereichen arbeiten, auf die unsere Gesellschaft angewiesen ist. Hier ist der Gesundheits- und Pflegebereich ebenso zu nennen wie Transport- und Zustelldienste, der Einzelhandel und Reinigungsdienste – um nur eine Auswahl anzuführen. Die dort Beschäftigten leisten einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft und setzen sich zum Teil einem höheren Risiko der Ansteckung aus. Sie verdienen – wie alle, die während der Krise in systemrelevanten Bereichen gearbeitet haben – besondere Anerkennung.

Darüber hinaus zeigte sich in mehreren Branchen, wie der Pflege und dem landwirtschaftlichen Sektor, eine Abhängigkeit von (kurzfristig verfügbaren) Arbeitskräften aus dem Ausland. Auch in anderen Branchen wie der Gastronomie oder dem Tourismus arbeiten überdurchschnittlich viele ausländische Arbeitskräfte, was nun zu einem hohen Anteil an ausländischen Arbeitslosen in diesen Branchen führt. Aufgrund der demographischen Alterung steht der Pflegebereich generell vor enormen Herausforderungen, und die COVID-19-bedingten Grenzschließungen machten die Abhängigkeit von Pflegerinnen aus den östlichen EU-Ländern gerade in der 24-Stunden-Betreuung deutlich. Landwirtschaftliche Betriebe sehen sich ohne Saisonarbeiterinnen und Saisonarbeiter mit existenziellen Herausforderungen konfrontiert. Auch im IT-Bereich werden aufgrund des Digitalisierungsschubs, der durch die COVID-19-Pandemie weiter verstärkt wurde, voraussichtlich mehr Fachkräfte benötigt. Ziel aus Integrationssicht muss es sein, dass gerade in jenen Branchen, die besonders stark von ausländischen (Saison-)Arbeitskräften abhängig sind, bereits in Österreich lebende Migrantinnen und Migranten verstärkt aktiviert werden und somit die gesamtgesellschaftliche Resilienz gestärkt wird.

Die Krise kann in diesem Sinn auch Katalysator für positive Entwicklungen sein. Der Integration kommt beim Wiederhochfahren der Wirtschaft eine wichtige Rolle zu. Arbeitslose Personen mit Migrationshintergrund sollten die aktuelle Situation als Chance begreifen, ihren sozialen und wirtschaftlichen Status zu verbessern, aktiv am Arbeitsmarkt teilzunehmen und gleichzeitig einen wertvollen Beitrag für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Österreich zu leisten. Vor diesem Hintergrund braucht es künftig einerseits innovative Ansätze, um das bestehende Arbeitskräfteangebot gerade von Migrantinnen und Migranten im Inland zu aktivieren, insbesondere in jenen Branchen bzw. in jenen Regionen, die traditionell auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen sind oder in denen ein Fachkräftemangel herrscht. Die große Herausforderung besteht in der raschen Qualifizierung und einer bestmöglichen Vermittlung der entsprechend Qualifizierten auf die zu besetzenden Stellen. Es gilt dabei sowohl auf Bedürfnisse der Branchen als auch der Beschäftigten Rücksicht zu nehmen. Andererseits braucht es die Eigenverantwortung und das Engagement jedes Individuums, Erwerbsmöglichkeiten wahrzunehmen und somit einen aktiven Beitrag zur

Selbsterhaltungsfähigkeit, zur Bewältigung der Krise, und zur gesellschaftlichen Resilienz zu leisten. Die Krise mag auch das Bewusstsein der Bedeutung der Arbeit in der Landwirtschaft und die Wertschätzung dafür erhöhen. Um Migrantinnen und Migranten (und anderen) den Eintritt in den landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt zu erleichtern, bedarf es der Schaffung entsprechender Ausbildungsmöglichkeiten sowie der Verfügbarkeit von Wohnmöglichkeiten im ländlichen Raum. Angebote zu schaffen ist aber nur ein erster Schritt. Im Sinne des Prinzips „Fördern und Fordern“ ist darauf zu achten, dass diese Angebote auch angenommen werden.

Die Krise führte auch zu einer positiven Entwicklung im Bereich der Anerkennungskriterien von Qualifikationen. Hier wurde für die Dauer der COVID-19-Pandemie die Möglichkeit geschaffen, bereits ausgebildetes Gesundheitspersonal mit einem im Ausland erworbenen Qualifikationsnachweis zu beschäftigen, sofern ein Anerkennungs- oder ein Nostrifikationsbescheid vorlag. Auf die Absolvierung der Ausgleichsmaßnahmen oder Ergänzungsausbildungen wurde verzichtet, ein Begleitsystem gewährleistete das Sicherheits- und Qualitätsniveau für ärztliches Personal. Die Wirkungen dieser Ausnahmeregelung sollten evaluiert werden und sollten bei positivem Befund Bestand haben. Diese in der Krise geschaffenen Erleichterungen der Anerkennung von Qualifikationen sollten aber auch für andere Bereiche geprüft werden. Sie können einen wichtigen Beitrag sowohl zur persönlichen Integration als auch mittel- und langfristige zur Verringerung des Fachkräftemangels leisten.

Gesundheit

Während der COVID-19 Krise wurde die laufende Gesundheitsversorgung in Spitälern ebenso wie bei der niedergelassenen Ärzteschaft auf das Nötigste reduziert, einerseits um Kapazitäten für Corona-Fälle zu schaffen, andererseits um die Ansteckungsgefahr zu mindern. Aufgrund materieller und psychosozialer Belastungen können gesundheitliche Problemlagen auch bei Menschen mit Migrationserfahrungen und insbesondere bei jenen mit Fluchterfahrungen auftreten. Darüber hinaus spielen etwa spezifische gesundheitsbezogene Verhaltensweisen und Kompetenzen eine Rolle: Im Vergleich mit der einheimischen Bevölkerung zeigen Personen mit Migrationshintergrund allgemein ein erhöhtes Risikoverhalten in Bezug auf die eigene Gesundheit (Tabakkonsum, ungesunde Ernährung, Übergewicht, zu wenig Bewegung). Sie nutzen Präventions- und Gesundheitsförderungsangebote weniger, sind schlechter über das Gesundheitssystem informiert und suchen gerade in Ballungsräumen häufiger Spitalsambulanzen statt niedergelassene Ärzte auf. Dies kann vor allem in gesundheitlichen Krisen wie der Corona-Pandemie Auswirkung auf die Gesamtgesellschaft haben.

Die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans für Integration von 2011 (NAP.I) hat zu einer Reihe von Verbesserungen im Gesundheitsbereich geführt. Zugleich fehlt es an Wissen von

Seiten der Migrantinnen und Migranten zu spezifischen Bereichen der medizinischen Versorgung in Österreich. Dieser Umstand wird häufig noch durch mangelnde Deutschkenntnisse erschwert. Es liegt daher im Interesse und in der Eigenverantwortung von Migrantinnen und Migranten, sich diese Kompetenzen ehestmöglich anzueignen.

Ein Beitrag zu einer besseren gesundheitlichen Versorgung von Migrantinnen und Migranten kann in der verstärkten Ausbildung der Zielgruppe in Gesundheitsberufen liegen, verbunden mit aufsuchender interkultureller Sozialarbeit. Das könnte insbesondere Frauen mit Migrationshintergrund dabei helfen, zusätzlich einer außerhäuslichen Arbeit nachzugehen und sich stärker in der Arbeitswelt und der Gesellschaft zu verankern, z.B. auch als (interkulturelle) Ordinationsassistenten, die eine Entlastung für niedergelassene Ärzte bringen können.

Ehrenamt und Freiwilligenarbeit

In der Corona-Krise wurden erneut Wert und Bedeutung der freiwilligen und ehrenamtlichen Arbeit für die Gesellschaft in Österreich deutlich. Zusätzlich zu den langjährigen Ehrenamtlichen in Hilfsorganisationen engagierten sich neue Freiwillige, z.B. in der Nachbarschaftshilfe. So meldeten sich im März und April 2020 allein bei der Caritas 4.120 Personen als Corona-Helferinnen und Helfer. Während das organisierte ehrenamtliche Engagement in Vereinen und anderen Organisationen in vielen Ländern Europas verbreitet ist, findet sich die freiwillige soziale Unterstützung in allen Gesellschaften. Das besondere Schlaglicht auf das freiwillige und ehrenamtliche Engagement in der Corona-Krise bietet dem Expertenrat Anlass, auf die integrationsfördernde Wirkung des Engagements von Migrantinnen und Migranten in der Freiwilligenarbeit und im Ehrenamt hinzuweisen.

Freiwilligenarbeit, ob formell in Vereinen oder informell – etwa im Rahmen der Nachbarschaftshilfe – leistet einen wesentlichen Beitrag zur Krisenbewältigung und zum Wiederhochfahren des sozialen und wirtschaftlichen Lebens. Zahlreiche Menschen engagierten sich während des Höhepunkts der Krise und danach freiwillig, etwa im medizinischen, pflegerischen und sozialen Bereich, darunter auch ehemalige Zivildienstler. Neben der Erledigung wichtiger Aufgaben stärkt Freiwilligenarbeit das Gemeinschaftsgefühl und die Zugehörigkeit zu dem Land, in dem man lebt. Für Zuwanderinnen und Zuwanderer stellt freiwilliges Engagement eine Möglichkeit dar, das eigene soziale Netzwerk auszubauen, Kontakte mit der Mehrheitsbevölkerung zu knüpfen bzw. zu vertiefen und die Sprachkenntnisse zu verbessern. Der persönliche Kontakt – soweit möglich – bleibt für die Integration zentral und kann nicht vollends in den digitalen Raum verlagert werden.

Daher sollte Freiwilligenarbeit lokal in Vereinen und Gemeinden gefördert werden. Hierbei ist es wichtig, durch niederschwellige Angebote Anschlussmöglichkeiten für Zuwanderinnen und Zuwanderer zu schaffen. Neben der Angebotsseite braucht es auch die persönliche Bereitschaft und das Engagement von Seiten der Zugewanderten, sich für die Gemeinschaft in der man lebt, einzubringen. Auch die Mehrheitsbevölkerung ist gefordert, auf die Zugewanderten zuzugehen und sie zur Mitwirkung in Vereinen und Projekten einzuladen. Dabei könnte die aktuelle Sensibilität für Fragen von Gesundheit und Sicherheit den sogenannten „Blaulicht-Organisationen“ neue Möglichkeiten der Rekrutierung von Migrantinnen und Migranten eröffnen. Entsprechende Initiativen sollten positiv „vor den Vorhang“ geholt werden. Menschen mit Migrationshintergrund sollen mit zielgruppenspezifischen Maßnahmen gezielt für Freiwilligenarbeit gewonnen werden und können dann auch der eigenen Community als Rollenvorbilder dienen, um die Möglichkeiten der Freiwilligenarbeit aufzuzeigen und positive Erfahrungen zu teilen.

Integrationsklima und kulturelle Integration

Die umfassenden Maßnahmen zur Begrenzung beruflicher und sozialer Kontakte verringerten den Austausch zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Dies kann sich vorübergehend negativ auf den Integrationsprozess eines Teils der Zugewanderten auswirken, etwa beim Erwerb der deutschen Sprache und bei der kulturellen Integration. Die Ausgangsbeschränkungen und die damit verbundene teilweise Isolation barg das Risiko, dass traditionelle Verhaltensmuster und gesellschaftliche Bezüge – insbesondere eine gewisse Retraditionalisierung im Sinne einer Rückbesinnung auf die eigene kulturelle Herkunft – wieder stärker in den Vordergrund treten könnten. Hierbei gilt es darauf Acht zu geben, dass bereits bestehende segregative Tendenzen nicht weiter verfestigt werden, sondern nach der Krise wieder verstärkt aufgebrochen werden. Gleichzeitig mussten sich auch Personen ohne Migrationshintergrund in ihre unmittelbare Umgebung zurückziehen und waren weniger offen für Begegnungen mit anderen Menschen, auch für jene mit Migrationshintergrund. Im Zuge des Wiederhochfahrens des öffentlichen Lebens braucht es daher wieder verstärkt den gesellschaftlichen Austausch und die Möglichkeit sowie die Bereitschaft der Begegnung.

Auf der anderen Seite könnte die gemeinsame Bedrohungslage so etwas wie eine temporäre Schicksalsgemeinschaft schaffen. Das könnte das Zusammengehörigkeitsgefühl stärken – nicht nur wegen der Bedrohung von außen, sondern auch mit der Einsicht, dass die Herausforderungen nur gemeinsam bzw. kooperativ bewältigt werden können.

Gemeinsames freiwilliges Engagement von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund kann einen wichtigen Beitrag zur Schaffung eines „Wir-Gefühls“ leisten. Krisen haben je nach Form und Verlauf das Potenzial den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu erodieren oder zu

stärken. Wenn es gelingt eine Krise gemeinsam und kooperativ zu bewältigen, kann dies das Zugehörigkeitsgefühl auch stärken. Darauf gilt es aufzubauen, auch im Sinne eines gemeinsamen Narrativs.

Gleichzeitig kann es als Folge räumlicher Enge, dem etwaigen Verlust des Arbeitsplatzes bzw. längerer Kurzarbeit und der Einschränkung des sozialen Lebens innerhalb von Familien zu erhöhten Spannungen und Konflikten kommen. Dadurch besteht die Gefahr, dass insbesondere Frauen, Kinder und Jugendliche einem erhöhten Risiko von häuslicher Gewalt ausgesetzt werden. Zumindest während der Zeit der temporären Einschränkungen des Schul- und Kindergartenbetriebs fielen gerade jene Einrichtungen aus, die bei Verdachtsfällen sonst häufig die Polizei und das Jugendamt einschalteten. Auch nach Ende der meisten Beschränkungen sollte ein spezielles Sensorium für Gewalt in der Familie erhalten bleiben. Insbesondere Frauen und Mädchen aus ehkulturellen Milieus stehen unter Druck, da Deutschkurse, die einen persönlichen Freiraum bedeuten können, nicht oder nur eingeschränkt stattfinden konnten. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass durch die Krise traditionelle Rollenbilder wieder verstärkt angewandt werden, was gerade für Frauen eine negative Entwicklung darstellt. Insofern gilt es, weiterhin Maßnahmen zur Integration von Frauen und auch zum Gewaltschutz verstärkt Augenmerk zu schenken.

Digitalisierung und Zielgruppenerreichung

Die erforderliche soziale bzw. physische Distanzierung hat dazu geführt, dass sich ein großer Teil der täglichen Aktivitäten – vom Lernen über die Arbeitswelt bis hin zu sozialen Kontakten – in den digitalen Raum verlagerten. Insbesondere die Übergangsphase nach den strikten Ausgangsbeschränkungen verdeutlichte, dass der Grad der Digitalisierung noch ausbaufähig ist. Im Integrationsbereich betrifft das Kurse für Migrantinnen und Migranten, aber auch die digitale Ausstattung und Konnektivität von Schulpflichtigen, Lehrpersonal sowie von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen. Entwicklungsbedarf besteht bei Lernplattformen und Online-Lernangeboten, insbesondere um eine aktive Teilnahme sicherzustellen, aber auch bei der Möglichkeit, Behördengänge online zu erledigen. Digitale Lernangebote sollten möglichst niederschwellig gestaltet werden. Gleichzeitig gilt es sicherzustellen, dass sie auch genutzt werden. Sie könnten z.B. im schulischen Bereich durch mehrsprachige Erläuterungen für die Eltern bzw. durch Ausbau der „Elternkurse“ ergänzt werden.

Viele Integrationsprojekte wurden in kurzer Zeit in den digitalen Raum transferiert. Beratungen wurden telefonisch oder in Gruppensettings per Videokonferenz durchgeführt. Das Angebot zum Deutschlernen über das Internet wurde wesentlich erweitert. Dennoch können diese Maßnahmen den persönlichen Kontakt, der gerade für die Integration so zentral ist, nicht ersetzen. Deutschkurse können online abgehalten werden, die Teilnahme an einem

Deutschkurs (u.a. das Kennenlernen der Lehrperson und der anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmern) kann dadurch aber nicht vollumfänglich ausgeglichen werden.

Eine Herausforderung bei der Zielgruppenerreichung durch Schulen und Behörden stellen fehlende Deutschkenntnisse eines Teils der zugewanderten Bevölkerung und ein von der Mehrheitsbevölkerung abweichendes Medienkonsumverhalten von Migrantinnen und Migranten dar. Die vorübergehenden Einschränkungen von Bildung, Berufsleben, Kulturkonsum und Freizeitaktivitäten bewirkten, dass Berührungspunkte und der Meinungs austausch zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund stark reduziert wurden. Verstärkt wird dieser Effekt dann, wenn hauptsächlich Medien des Herkunftslands konsumiert werden und Informationen Migrantinnen und Migranten teilweise erst mit einigem zeitlichen Abstand erreichen. Gerade in der Bewältigung einer Krise ist es jedoch unerlässlich, dass österreichische Medien konsumiert werden, da die Gefahr die Menschen an ihren Lebensstandorten trifft und sie wissen wollen, wie die Lage und Gefährdung in Österreich aussieht. Das könnte auch zu einer stärkeren Wahrnehmung des sozialen und politischen Geschehens in Österreich führen.

Die eingeschränkte Reisemöglichkeit könnte eine interessante Ausgangslage darstellen. Es ist anzunehmen, dass viele Migrantinnen und Migranten heuer (erstmal) ihren Urlaub in Österreich anstatt ihrem Herkunftsland verbringen werden. Damit stellen sie nicht nur eine bedeutende Zielgruppe für den heimischen Tourismus dar; durch den Aufenthalt in Österreich können hierbei auch Sprachkenntnisse sowie die Kenntnis über das Aufnahmeland verbessert und neue Perspektiven eröffnet werden.

Auch viele Integrationsprojekte stehen vor der Herausforderung, die Zielgruppe weiterhin zu erreichen. Viele Migrantinnen und Migranten, insbesondere Jugendliche, fungieren nicht selten als Dolmetscherinnen und Dolmetscher ihrer Familien, sie können daher als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wichtige Informationen in soziale Netzwerke und Communitys tragen, um die Zielgruppe gezielt anzusprechen. Dazu empfiehlt der Expertenrat, im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten vorhandene Datenbanken mit Kontaktdaten von Migrantinnen und Migranten für die Zielgruppenerreichung nutzbar zu machen.

Fazit und Ausblick

Als Leitprinzip für zukünftige Maßnahmen soll das Miteinbeziehen von Integration als Querschnittsmaterie für alle Politikbereiche gelten. Erfolgreiche Integrationsarbeit wird auch in Zukunft einen wesentlichen Beitrag für das Gelingen von gesellschaftlichem Zusammenhalt und sozialem Frieden leisten und soll deshalb wichtige Beiträge für die Identifikation und Umsetzung von Maßnahmen liefern.

Als unmittelbare Handlungsfelder wurden vom Expertenrat „Bildung“, „Arbeitsmarkt“, „Gesundheit“, „Ehrenamt und Freiwilligenarbeit“, „Integrationsklima und Kulturelle Integration“ sowie „Digitalisierung und Zielgruppenerreichung“ identifiziert. Für die nächsten Monate werden darauf aufbauend folgende Schwerpunkte in der Maßnahmensetzung vorgeschlagen:

- Die Krise hat bestehende Herausforderungen im Bereich der Integration sichtbarer und mitunter akuter gemacht. Die Problematik der zum Teil mangelnden Deutschkenntnisse hat sich vor allem zu Beginn der Ausgangsbeschränkungen gezeigt und eine mehrsprachige Informationskampagne notwendig gemacht. Dies hat die Bedeutung adäquater Kenntnisse der Landessprache nochmals vor Augen geführt.
- Bildung ist ein Schlüssel für erfolgreiche Integration. Die Schaffung von Kompensationsangeboten wie Sommerschulen und Zusatzangeboten wie „Elternkurse“ für Eltern von außerordentlichen Schülerinnen und Schüler, die die Sommerschule besuchen, sowie der konsequente Ausbau von qualitativ hochwertigen Deutschkursen sind wichtige Beiträge dazu. Dem besonderen Förderbedarf von Kindern mit Migrationshintergrund, der durch die Pandemie möglicherweise noch verstärkt wurde, muss auch über die Krise hinaus Rechnung getragen werden. Im Sinne der bestmöglichen Zielgruppenerreichung empfiehlt der Expertenrat zu prüfen, ob eine Ausgestaltung von zusätzlichen Angeboten wie der Sommerschule im Rahmen der Schulpflicht sinnvoll ist.
- Durch die Krise sind Migrantinnen und Migranten stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Österreicherinnen und Österreicher. Es ist daher insbesondere in stark von ausländischen Arbeitskräften abhängigen Branchen wie z.B. Landwirtschaft oder Pflege eine Qualifizierungsoffensive ins Auge zu fassen, verbunden mit raschen Anerkennungsverfahren und Höherqualifizierung für berufliche Kompetenzen, die in Österreich gebraucht werden und die gleichzeitig die Selbsterhaltungsfähigkeit der Migrantinnen und Migranten erhöhen.

- Die COVID-19-Pandemie hat verdeutlicht, wie wichtig ausländische Arbeitskräfte in sogenannten Schlüsseltätigkeiten für das Funktionieren unserer Gesellschaft sind. Zur Aktivierung des Arbeitskräftepotentials im Inland sind Maßnahmen zur adäquaten Qualifizierung insbesondere in Mangelberufen und Schlüsseltätigkeiten und zur Vermittlung von Qualifizierten auf die entsprechenden zu besetzenden Stellen sinnvoll.

- Im Sinne des Prinzips „Fördern und Fordern“ braucht es neben Angeboten auch ein starkes Engagement aller in Österreich lebender Menschen, um einen Beitrag zur Bewältigung der Krise zu leisten.

- Im Vergleich mit der einheimischen Bevölkerung zeigen Personen mit Migrationshintergrund allgemein ein erhöhtes Risikoverhalten in Bezug auf die eigene Gesundheit. Sie sind zudem schlechter über das Gesundheitssystem informiert und nutzen Präventions- und Gesundheitsförderungsangebote weniger. Dies kann insbesondere bei gesundheitlichen Krisen wie der Corona-Pandemie ein gesamtgesellschaftliches Problem darstellen. Neben der Verbesserung der Deutschkenntnisse von Zugewanderten, die für eine verbesserte Kommunikation im Gesundheitsbereich unabdingbar sind, kann ein weiterer Beitrag zu einer besseren gesundheitlichen Versorgung von Migrantinnen und Migranten in ihrer verstärkten Ausbildung in Gesundheitsberufen liegen.

- Integration gelingt vor allem durch persönlichen Kontakt von Menschen. Durch die Stärkung von ehrenamtlichem und freiwilligem Engagement, vor allem in Vereinen und Gemeinden sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen, sollen weitere Anschlussmöglichkeiten für Zuwanderinnen und Zuwanderer geschaffen werden. Neben entsprechenden gezielten Angeboten ist auch das Engagement von Migrantinnen und Migranten verstärkt zu aktivieren.

- Durch die Einschränkung des gesellschaftlichen Austauschs besteht die Gefahr, dass sich bereits bestehende segregative Tendenzen und traditionelle Rollenbilder verstärken. Aufgrund der prekären wirtschaftlichen Situation und der räumlichen Enge können Spannungen innerhalb von Familien entstehen, die das Risiko von häuslicher Gewalt – insbesondere gegenüber Frauen und Kindern – erhöhen. Maßnahmen zur Integration von Frauen, zum Gewaltschutz insbesondere im Kontext von Integration und der Verhinderung des Rückzugs in segregierte Milieus muss weiterhin Aufmerksamkeit geschenkt werden.

- Digitalisierung gewinnt weiterhin an Bedeutung, weshalb nicht nur Integrationsangebote verstärkt digital angeboten werden sollten, sondern auch die Zielgruppenerreichung optimiert werden sollte. Zu beachten ist, dass Online-Angebote nie ein vollumfänglicher Ersatz für physische Integrationsangebote sein können.
- Digitale Lernangebote sollten künftig so entwickelt werden, dass sie möglichst niederschwellig nutzbar sind. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass sie auch genutzt werden. Sie könnten im schulischen Bereich durch mehrsprachige Erläuterungen für die Eltern bzw. durch Ausbau der „Elternkurse“ ergänzt werden.

Im Zuge der COVID-19-Pandemie wird regelmäßig von einer Krise gesprochen. Das Wort „Krise“ stammt vom griechischen *krísis*, zu Deutsch Unsicherheit, bedenkliche Lage, aber auch Entscheidung. In diesem Sinne können Entscheidungen in krisenhafte Zeiten die Weichen für positive zukünftige Entwicklungen stellen. Das gilt auch und gerade für die Integrationspolitik.